

Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik BW

32. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“ Mai 2021

| Editorial

Liebe Kolleg*innen und Freund*innen,

Es ist wieder Identitätspolitikzeit. Mal wieder. Thierse, Wagenknecht, Palmer. Ist es notwendig, sich immer wieder damit auseinanderzusetzen? Über jedes Stöckchen zu springen, das sie uns hinhalten? Sollten wir nicht einfach unsere Arbeit machen, haben wir nichts Wichtigeres zu tun? Vermutlich ja. Und doch werden wir es uns nicht leisten können, so zu tun, als wäre nichts. Ein Blick nach Frankreich zeigt uns, dass es hier um mehr als die Diskurshoheit im Feuilleton geht. Der Schritt zur „Cancel Culture von oben“ gegenüber in den letzten Jahren erkämpften Freiräumen von postkolonialen und queeren Denk- und Forschungsräumen an Unis und in der Zivilgesellschaft ist nicht weit. Wir freuen uns daher, dass wir Stéphane Dufoix für einen Gastkommentar gewinnen konnten. Isabelle Ihring, die den Gastkommentar lektoriert hat, schreibt in ihrer Einleitung: *„Dabei handelt es sich um eine sehr besorgniserregende Entwicklung, da diese die Freiheit von Forschung und Lehre fundamental beschneidet und darauf abzielt, bestimmte Perspektiven (erneut) unsichtbar zu machen“*. Wir wollen uns als Netzwerk auch in nächster Zeit mit diesen Themen weiter beschäftigen.

Noch selten war es so leicht, zu verstehen, was Rassismus ist und wie eng Rassismus mit Klassismus verknüpft ist. Grob gesprochen: Wenn man Impfquote und Erkrankungsquote nach Wohnvierteln aufschlüsseln würde, könnte man vermutlich gut sehen, wie sie sich gegengleich zueinander verhalten. Je höher das Risiko ist an Covid zu erkranken, umso niedriger die Chance, früh eine Impfung zu erhalten und umgekehrt. Bemerkenswert auch, wie selbstverständlich diese Tatsache hingenommen wird, wie spät sie überhaupt zu einer gesellschaftlichen Diskussion führt.

Die Gründe sind sicher vielfältig. Bezogen auf das Impfen spielt eine Rolle, wer in welchen Berufen arbeitet und welche Berufe priorisiert wurden, aber auch, wer welche Informationen und sprachliche, technischen und zeitlichen Möglichkeiten hat, sich einen

32. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Impftermin zu besorgen, oder nun über die Arztpraxen zu bekommen. Bei der Ansteckungsgefahr spielen Wohnverhältnisse und Arbeitsplätze eine große Rolle.

Weil dieses Missverhältnis nicht in das Bild einer demokratischen Gesellschaft passt, braucht es rassistische Zuschreibungen. Die Gruppen, die strukturell besonders gefährdet sind, sind über die behauptete, angeblich kulturell bedingte Nichteinhaltung der Maßnahmen selbst schuld an ihrer Gefährdung. Sicher spielt auch das Verhalten eine Rolle für das eigene Risiko, sich mit Covid anzustecken. Aber wenn mit der Kritik des Verhaltens die Verhältnisse unsichtbar werden, sehen wir die Legitimationsfunktion rassistischer und klassistischer Bilder. Ganz zu schweigen davon, dass die hier adressierten Gruppen vermutlich nicht in Ischgl waren.

Noch brutaler wird dieses Missverhältnis zwischen pandemischer Gefährdung und Zugang zu Impfungen im globalen Maßstab. Welch unvorstellbare Ignoranz, Arroganz und Überheblichkeit stecken in dem Wettlauf der Nationen des Westens, wer es besser schafft, seine eigene Bevölkerung zu schützen auf Kosten von anderen. Es wäre ein leichtes, die Patente freizugeben, um dem globalen Süden die Möglichkeit zu geben, selbst Impfstoffe zu produzieren. Nur es fehlt der politische Wille. Anne Jung von medico international hat diesen Zusammenhang bei einer Veranstaltung in Tübingen/Reutlingen treffend auf den Punkt gebracht. „Es droht eine Restaurierung der Zweiteilung der Welt in Nord und Süd, auch wenn deren Überwindung seit Jahren in Sonntagsreden immer wieder bekräftigt wird.“ <https://www.youtube.com/watch?v=ChGRNHkfjNQ> (ab Min 42:00).

In eigener Sache: Boris Palmers sogenannte „Liste der Auffälligen“ hat über Tübingen hinaus zu Schlagzeilen geführt. Unabhängig davon, wie weit die hier anvisierte Zusammenarbeit zwischen Sozialer Arbeit und Ordnungsbehörden tatsächlich ging, allein die Stigmatisierung der Unterkunft, in der die „auffälligen“ Geflüchteten untergebracht werden sollen, hatte ganz reale Folgen für die, die dort schon wohnten. Der Datenschutz hat die Liste am Ende zu Fall gebracht. Für Boris Palmer kein Grund, klein beizugeben. Er versuchte den Weg über die Gesetzesänderung auf Bundesebene. Wir haben darauf mit einer sozialarbeiterischen Stellungnahme reagiert. Sie finden Sie unter Kampagnen in diesem Newsletter.

Zuletzt ein nur auf den ersten Blick gute Nachrichten. Wir haben an dieser Stelle vor zwei Jahren eine Solidaritätsadresse an **Seda Başay-Yıldız** abgedruckt, die wir im April 2014 zu unserem NSU-Hearing eingeladen hatten und die seit 2019 massive Drohbriefe aus rechtsextremen Kreisen erhalten hat. In den Briefen waren Informationen, die aus der hessischen Polizei stammen mussten. Nun wurde der Täter offenbar gefasst. Für Seda Başay-Yıldız, die aufgrund der Untätigkeit der Sicherheitsbehörden inzwischen selbst eine Belohnung ausgesetzt hatte, eine gute Nachricht, aber kein Grund zur Beruhigung. Immer noch ist nicht geklärt, woher der Täter die Informationen hatte, immer noch muss sie ihren Personenschutz selbst bezahlen, immer noch gibt es Bedrohungen von Trittbrettfahrern.

Und dann doch noch eine wirklich gute Nachricht aus dem Ländle. Der neue Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Regierung enthält das Vorhaben eines Landesantidiskriminierungsgesetz. Ein breites Bündnis hatte diese Forderung nach der Landtagswahl eingebracht. Es war initiiert worden von der LAG Antidiskriminierungsberatung, in der unser Trägerverein adis e.V. eine wichtige Rolle

32. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

spielt. Das Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik war mit bei den Erstunterzeichner_innen des Aufrufs. Mehr dazu finden Sie in diesem Newsletter.

Bleiben Sie gesund.

Sabine Pester und Andreas Foitzik

Gastkommentar

In Frankreich entsponn sich in den letzten Monaten eine kontroverse Diskussion um bestimmte wissenschaftliche Perspektiven, die in der Kritik stehen nicht „wissenschaftlich“ genug zu sein. So forderte die aktuelle Wissenschaftsministerin Frédérique Vidal eine Untersuchung der Universitäten, in der besonders intersektionale und postkoloniale Forschungsperspektiven überprüft werden sollen, da diese laut Vidal näher an Meinungen und politischem Aktivismus stünden als an „tatsächlicher“ Wissenschaft. (Näheres auch hier: <https://www.sueddeutsche.de/meinung/frankreich-islamismus-hochschulen-1.5214459>; <https://taz.de/Debatte-ueber-Islamo-Gauchismo-in-Frankreich/!5752291/>).

Dabei handelt es sich um eine sehr besorgniserregende Entwicklung, da diese die Freiheit von Forschung und Lehre fundamental beschneidet und darauf abzielt bestimmte Perspektiven (erneut) unsichtbar zu machen. Vor diesem Hintergrund entstand nachfolgender Artikel. Herzlichen Dank an Stéphane Dufoix.

Das Krebsgeschwür und die Öffnung

Ein Kommentar zu aktuellen Auseinandersetzungen im französischen Hochschulwesen

Stéphane Dufoix

Seit etwa fünf Monaten befinden sich französische Universitäten in Aufruhr. Im November 2020, wenige Tage nach der Ermordung des Gymnasiallehrers Samuel Paty – der am 16. Oktober 2020 ermordet wurde, weil er Mohammed-Karikaturen im Unterricht gezeigt hatte – wies der französische Minister für nationale Bildung, Jugend und Sport Jean-Michel Blanquer, in einem Interview mit dem *Journal du Dimanche* darauf hin, dass es an den französischen Universitäten eine starke „Islam-Linke“ (frz. Islamo-gauchisme) Strömung gebe, "die Verwüstung anrichtet". Er fügte hinzu: "Das sind Ideen, die oft von woanders herkommen, von einem Gesellschaftsmodell, das nicht unseres ist. Wir haben ein republikanisches, universalistisches Modell."

Das andere Modell ist offensichtlich das der Vereinigten Staaten, das als multikulturell und kommunitaristisch gilt. In einer Ausgabe von *Le Monde* vom 31. Oktober 2020 verteidigen hundert Akademiker:innen in einem Artikel, die Äußerungen des Ministers zum „Islam-Linke“ und betonen die Gefahr, die sie in "indigenen, rassistischen¹ und 'dekolonialen' Ideologien sehen. Diese seien an den Universitäten "sehr präsent" und würden "einen Hass auf 'weiße' und Frankreich nähren", daher sei es höchste Zeit zu fragen, was in der französischen intellektuellen Welt faul sei.

Warum? Zunächst einmal, weil die Idee überhaupt nicht neu ist. Seit 2018 wurden bereits mehrere Foren veröffentlicht, in denen die "Krämer des postkolonialen Geschäfts" angeprangert würden, die angeblich überall Kolonialismus sähen und innerhalb der französischen Universität nach akademischer Respektabilität streben würden. Zweitens, weil nur vier Monate später, Ende Februar, die für Hochschule und Forschung zuständige Ministerin diese Angriffe nicht nur aufgriff, sondern erklärte, dass sie eine "Untersuchung" einrichten wolle, um "unterscheiden zu können, was akademische Forschung sei und was militant". Sie zögerte nicht zu sagen, dass der „Islam-Linke“ ein

¹ Gegner*innen dieser Theorien empfinden rassismuskritische Theorien als rassistisch, da sie der Meinung sind, durch diese Theorien würden Menschen in ‚Rassen‘ eingeteilt.

32. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Krebsgeschwür für die ganze Gesellschaft sei, was sich auch im universitären Kontext niederschlägt.

Auch wenn sich alle akademischen Gremien darum bemüht haben, den Begriff „Islam-Linke“ abzulehnen und meist auch die Idee einer Untersuchung zurückwiesen, ist es möglich, eine solche durchzuführen – wenn auch in einer anderen Form als der, die der Ministerin vorschwebte. Außerdem haben mehrere intellektuelle Bewegungen die Angriffe der Regierung unterstützt und befeuert. Laut diesen Initiativen geht von einer Vielzahl von Themen, deren Gemeinsamkeiten oft schwer zu finden sind, eine Bedrohung aus: Gender Studies, Postkolonialismus, die dekoloniale Bewegung, inklusives Schreiben, Arbeiten zu Fragen der Rassifizierung, Ethnisierung und Diskriminierung. Ihrer Meinung nach durchdringen diese Forschungsthemen nicht nur den Raum der Universität, der "grandes écoles", der Forschungszentren und das renommierte Collège de France, sie stellen auch ein gewisses Risiko für die Wissenschaft als solche und für die französische Republik dar.

In der Tat würde ihr kritisches Potenzial, die interdisziplinäre Verortung dieser Theorien und die damit verbundene Kritik an einer weißen, eurozentrischen und männlich dominierten Welt, die Grenze zwischen Wissenschaft und Aktivismus verschwimmen lassen. Werke, Artikel und Lehren dieser Art seien nicht wissenschaftlich, sondern politisch und ideologisch, was wiederum die Notwendigkeit einer Untersuchung rechtfertige, mit dem Ziel, Gutes von Schlechtem zu trennen. Des Weiteren würde die Fokussierung auf Gruppen, die aufgrund ihrer Religion, Kultur, ihres Geschlechts oder ihrer Herkunft dominieren, eine Gefahr für die "Achtung der Grundsätze der Republik" darstellen. Wie zufällig fällt wird am selben Tag sowohl über die erste Version dieses Gesetzentwurfs abgestimmt als auch angekündigt, dass die Untersuchung an den Universitäten durchgeführt werden würde.

Wie kann man den offensichtlichen Zusammenhang zwischen der zunehmenden republikanischen Verhärtung der französischen Behörden und dem Wunsch, sich gegen alles abzuschotten, was von außen kommt, nicht sehen? Seit 30 Jahren beobachten wir, wie die Verteidigung der Unteilbarkeit des französischen Volkes immer stärker wird, während die Anerkennung von Minderheiten abnimmt.

Zwar hat die Geschlechterforschung in Frankreich in den letzten zehn Jahren – trotz einiger politischer und intellektueller Widerstände – eine unbestreitbare akademische Anerkennung erfahren, die durch die Schaffung von Zeitschriften, Studiengängen, Lehr- und Forschungsstellen, Förderungen usw. gekennzeichnet ist, doch sind postkoloniale, rassismuskritische oder dekoloniale Forschungsströmungen in der Hochschulbildung und Forschung kaum vertreten.

Gegner:innen dieser Strömungen beschwerten sich, dass sie in ihrer Lehre gestört würden oder ihnen bei bestimmten Konferenzen das Wort verweigert würde, was sie als Zensur wahrnehmen. Es sind auch sie, die die Existenz von Gruppen nicht schätzen, die eine allzu einheitliche und einfache Geschichte der Gesellschaft Frankreichs nicht mehr schlucken wollen, stattdessen ein Neudenken der Welt vorantreiben.

Ja, es ist richtig, dass es studentische Aktivist:innen gab, die manchmal auch Akademiker:innen, wie die der "Verteidiger der Wissenschaft und der Republik" daran gehindert haben, zu sprechen. Das ist sehr bedauerlich, denn so wird eine offene Debatte verhindert. Aber wir brauchen eine solche offene und akademische Debatte. Nur wie kann diese geführt werden, wenn ein ganzer Teil der betroffenen Akademiker:innen bereits als militant gilt und damit als Wissenschaftler:innen delegitimiert wird?

Wie kann eine Debatte zu Fragen des Postkolonialismus, dekolonialen Bewegungen oder über die Dekolonisierung der Universität angestoßen werden, wenn ein Sprechen über diese Themen an Universität und im Rahmen von Forschung nicht erlaubt ist? Wie kann

32. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

dies gelingen, wenn Studierende nicht über die Existenz von akademischen Bewegungen außerhalb Frankreichs informiert werden dürfen, die die eurozentrische Hegemonie in den Geistes- und Sozialwissenschaften in Frage stellen? Wie kann dies geschehen, wenn die Namen von Paulin Hountondji, Oyèrónkẹ́ Oyèwùmí, Orlando Fals Borda, Paul Gilroy, Raewyn Connell, Sujata Patel, Walter Mignolo noch nie gehört wurden und ihre Werke nie von denen gelesen wurden, die sie für gefährlich für die Universität und die Republik halten?

All diese Wörter (Kommunitarismus, Postkolonialismus, dekolonial, und die verschiedenen Studies – Gender, queer, schwul und lesbisch, weiß usw.) werden nicht in ihrer akademischen und politischen Dichte anerkannt. Sie sind oft nichts anderes als "Feindworte", deren Bedeutung gerade von denen modifiziert wird, die, wie sie ihren "Gegner:innen" vorwerfen, zu "republikanischen Aktivist:innen" geworden sind.

Ich bin Republikaner, aber ich verwechsle das politische System, in dem ich lebe, nicht mit der Ethik meines Berufs. Das bedeutet nicht, dass ich um jeden Preis an die Neutralität einer forschenden Person glaube. Es gibt sie nicht. Forschende werden stattdessen ihre Arbeit umso besser machen, wenn sie in der Lage sind sich zu verorten, wenn sie sich den Bedingungen der Wissensproduktion bewusst sind und sich dazu äußern. "Der Blick von nirgendwo", um den Titel eines Buches von Thomas Nagel zu verwenden, ist eine wunderbare Art, Gedanken auszulassen, die etwas anderes behaupten.

Aber wenn Wissenschaft tatsächlich eine Sache der Debatte, des Arguments und des Wissens ist, dann ist es besser, die – im Westen immer noch stark diskreditierte – Idee zu akzeptieren, dass wir viel mehr wissen, als wir wissen und, dass der Wundbrand uns eher umbringen wird, wenn wir ihm nicht durch eine Öffnung zum Rest der Welt entgegenwirken.

Stéphane Dufoix ist Soziologieprofessor an der Université Paris Nanterre (laboratoire Sphiapol) und mehrmaliges Mitglied des Institut universitaire de France (IUF)

32. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Kampagnen	9
Sozialarbeiterische Stellungnahme zu der Forderung des Tübinger OB Boris Palmer zu einem „Informationsaustausch“ zwischen Flüchtlingssozialarbeit und Sicherheitsbehörden	9
Forderung nach einem Landesantidiskriminierungsgesetz in Baden-Württemberg	9
Struktur- und Mentalitätswandel in Behörden notwendig!	10
International Solidarity Call: Mediterranea Saving Humans	10
Entschädigungszahlungen an mosambikanische Vertragsarbeiter*innen	11
Monitoring zum Anti-Schwarzen Rassismus in Berlin	11
IDiRa fordert rassismuskritische Lehre für deutsche Bildungsinstitutionen	11
Atlanta – War da was?	12
Viel erreicht –viel zu tun!	12
Tagungen / Veranstaltungen	13
„Bildung im Kontext von Flucht*Migration: Subjektbezogene und machtkritische Perspektiven“	13
„You matter! Mädchen*_Power_Politik“	13
EmPOWERment?! How to share my Power?	13
Platz für Diversität!?! – Festival für diskriminierungskritische Allianzen zwischen Kunst und Bildung	14
Die Perspektive der Rassismuskritik – den Blick schulen	14
Migration, Education, and the Political Sphere // Migration, Bildung und das Politische //	14
Was uns stärkt und was uns verbindet! Rassismus, Männlich*keiten und Empowerment	15
Borders & Migration	16
„Queer Migration to Liberation? Zur Heteronormativität von Migrations- und Grenzregimen“	17
Solidarität, Kämpfe und Identitäten	17
Safe the date: Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten für die kommunale Gestaltung der Migrationsgesellschaft	18
Materialien	20
Ungleiche Teilhabe. Zur Lage der Sinti und Roma in Deutschland	20
Gravierende soziale Benachteiligung von Sinti und Roma	20
Gescheiterte junge Geflüchtete?	20
Zu wenig Anlaufstellen bei antimuslimischem Rassismus	20
„So Nicht Bestellt“- der kritische Podcast über Abschiebungen	21
Realitäten:innen	21
Ádám, Éva/Burchardt, Anita/Friedrich, Anna im Auftrag von Amaro Drom e. V. (Hg.): Dikhen amen! Seht uns! Praxishandbuch zum Empowerment und zur Sensibilisierung für Rassismus aus der Sicht junger Rom*nja und Sinti*ze	21
Özcan Karadeniz, Anna Sabel: Die Erfindung des muslimischen Anderen – 20 Fragen und Antworten, die nichts über Muslimischsein verraten	22
Katja Kinder, Peggy Piesche: Wahrnehmung-Haltung-Handlung. Diskriminierungskritische Bildungsarbeit: Eine prozessorientierte Intervention	22

32. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Karin Scherschel, Benedict Bazyar Gudrich: Der Islam der Medienschaffenden. Eine qualitative und rassismustheoretische Analyse.....	23
Julia Devlin, Tanja Evers, Simon Goebel (Hrsg.): Praktiken der (Im-)Mobilisierung. Lager, Sammelunterkünfte und Ankerzentren im Kontext von Asylregimen	23
5 Jahre EU-Türkei-Deal: Der Moria-Komplex	24
Postkolonial erinnern – rassismuskritische Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialherrschaft	25
Anti-Schwarzer Rassismus intersektional	25
Haidi Barz: „Gut gemeint ist nicht gut gemacht!“	25
„Antisemitismus im Kontext Schule – Deutungen und Umgangsweisen von Lehrer*innen an Berliner Schulen“	26
Projekt RISE: Online-Workshops für Jugendliche.....	26
Meldungen	27
Deutschland nimmt Definition für Antiziganismus an	27
Nur abwertend oder doch antisemitisch?	27
Polizeieinsatz im Flüchtlingsheim Ellwangen war rechtswidrig	27
Gericht legitimiert Polizeigewalt- Ellwangen-Urteil ist Freibrief für Grundrechtsverletzungen.....	27
Menschenrechtler fordert Impfung von Arbeitsmigranten	28
Häufung von Corona bei Migranten hat soziale Ursachen	28
Integrations-Studie: Strukturelle Probleme und Reformbedarf bei der Polizei	28
50-Jahre Bürgerbewegung der Sinti und Roma	28
Niemand hat die Absicht, ein Kopftuchverbot zu erlassen!?!	29
Ein innerer Feind wird geschaffen	29
Diskriminierung von Migranten hat in der Pandemie zugenommen.....	29
Die Situation junger Geflüchteter in Deutschland	29
Mehr Schutz vor rassistischer Diskriminierung an Schulen	30
Berliner Bildungsverwaltung verschwendet Steuergelder im Kampf gegen muslimische Lehrerinnen	30
Antimuslimischer Rassismus in Berlin nimmt zu.	30
Erste Sitzung der Expert*innenkommission zu antimuslimischem Rassismus	31
Studie: Flüchtlinge arbeiten meist unter schlechten Bedingungen	31
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof: „Mietwucher“ – Gericht kassiert Gebührenordnung für Flüchtlingsheime.....	32
Stellenanzeigen	33
Antidiskriminierungsbüro Sachsen sucht Antidiskriminierungsberaterin in Leipzig	33
Die Integrationsoffensive Baden-Württemberg sucht eine*n neue*n Berater*in für Projekte im Raum Freiburg und im Raum Ravensburg.....	33
IDA e. V. sucht Berater*in für das Beratungsteam der Opferberatung Rheinland (OBR).....	34

Kampagnen

Sozialarbeiterische Stellungnahme zu der Forderung des Tübinger OB Boris Palmer zu einem „Informationsaustausch“ zwischen Flüchtlingssozialarbeit und Sicherheitsbehörden

Eine Positionierung des Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik

Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer hat sich mit Unterstützung des baden-württembergische Innenminister Strobl schriftlich an Bundesinnenminister Horst Seehofer gewandt und darum gebeten, eine Gesetzesgrundlage für einen erweiterten Datenaustausch zwischen Sozialarbeiter*innen, Ausländerbehörden und Polizei zu schaffen. Damit reagierte er auf das Verbot des von ihm in Tübingen eingeführten „strukturierten Informationsaustausch“ durch den Datenschutzbeauftragte des Landes Baden-Württemberg, der die Praxis, Meldungen „Auffälligkeit“ von Geflüchteten von Sozialarbeiter*innen, Polizei und weiteren Behörden in einer „Liste der Auffälligen“ zusammenzuführen, für rechtswidrig erklärte. Auch wenn das Bundesinnenministerium diese Initiative aktuell nicht weiterverfolgt, haben wir beschlossen, dazu eine Stellungnahme zu verfassen. Wer weiß, wann das Thema wieder aus der Schublade kommt.

Zum Positionspapier

www.rassismuskritik-bw.de/stellungnahme-zur-zusammenarbeit-von-fluechtlingssozialarbeit-und-sicherheitsbehoerden/

Forderung nach einem Landesantidiskriminierungsgesetz in Baden-Württemberg

Aufruf

Das Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik unterstützt mit 60 landesweit bedeutsamen Verbände und Organisationen aus den Bereichen Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Betroffenenorganisationen und Berufsverbänden die Forderung nach einem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) für Baden-Württemberg. Der von der Landesarbeitsgemeinschaft Antidiskriminierungsberatung Baden-Württemberg initiierte Aufruf hatte Erfolg. Das LADG wurde trotz heftigem Druck der Polizeigewerkschaften auf die CDU im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Zum vollständigen Aufruf

www.aufruf-ladg.de

Siehe dazu auch

aktuelle Pressemitteilung zur Kritik der Polizeigewerkschaften

<https://lag-adb-bw.de/2021/04/30/pressemitteilung-zu-der-position-der-polizeigewerkschaften-zum-landesantidiskriminierungsgesetz-30-4-2021/>

Aufzeichnung der Informationsveranstaltung vom 26.04.2021

In der Online-Informationsveranstaltung „... auf dem Weg zu einem Landesantidiskriminierungsgesetz ...“ diskutierten am 26.04.2021 Vertreter_innen des Bündnisses mit Doris Liebscher, Leiterin der LADG-Ombudsstelle in Berlin, sowie Gerlinde Bendzuck und Agnieszka Witkowska vom Berliner Dachverbandes der Selbsthilfe-

32. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

organisationen (LV Selbsthilfe) folgende Fragen: Was genau regelt ein LADG? Welche Schutzlücken können damit geschlossen werden? Welche Erfahrungen gibt es in Berlin nach neun Monaten LADG? Was genau bringt ein LADG in der Begleitung und Beratung von Menschen, die Diskriminierung erfahren? Auf was müssen wir in Baden-Württemberg achten, wenn es nun darum geht, aus einem politischen Vorhaben ein Gesetz zu machen?

Zur Aufzeichnung

<https://lag-adb-bw.de/auf-dem-weg-zu-einem-landesantidiskriminierungsgesetz>

Struktur- und Mentalitätswandel in Behörden notwendig!

Forderung des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Das Deutsche Institut für Menschenrechte fordert, in den deutschen Behörden ein stärkeres Bewusstsein für Rassismus zu schaffen. Notwendig sei ein tatsächlicher Struktur- und Mentalitätswandel, insbesondere auch in den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden, erklärte das Institut anlässlich des Welttages gegen Rassismus.

Rassistische und andere menschenverachtende Einstellungen seien ein tiefwurzelndes Problem, das sich gerade auch in Verfahren und Handlungsroutinen von Behörden niederschlage. Deshalb müsse Wissensvermittlung über Rassismus und Antisemitismus ein regelmäßiger Bestandteil von Aus- und Fortbildung in der gesamten öffentlichen Verwaltung werden. Bund, Länder und Kommunen müssten sich der Tatsache des institutionellen und strukturellen Rassismus stellen.

Zur Pressemitteilung

www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/in-behoerden-muss-ein-staerkeres-bewusstsein-fuer-rassismus-geschaffen-werden

Quelle: Deutsches Institut für Menschenrechte; Jugendsozialarbeit News Ausgabe 744
www.jugendsozialarbeit.news

International Solidarity Call: Mediterranean Saving Humans

Aufruf gegen die Kriminalisierung im Mittelmeer

[Mediterranea Saving Humans](#) is under attack in Italy. Several members of *Mediterranea* are accused by the Office of Public Prosecutor of Ragusa of "facilitating illegal immigration." It is definitely not the first time that such an accusation has been used to criminalize civil migrant rescue operations at sea. One of the prosecutors in Ragusa had initiated in 2004 the case against *Cap Anamur*, which ended in the full acquittal of all charges. In recent days other NGOs have been targeted with similar charges in Sicily. Solidarity with migrants and refugees reaching Italy across the "Balkan route" is also at the center of judicial investigations and police operations. Also migrants are criminalized, as in the case of the "El Hiblu 3" in Malta and Moria in Greece. Once again, we are confronted with attempts to give priority to border security over the duty to rescue people at risk. While lawyers continue to fight in court against such violations of international and human rights law, there is also a need to stand up politically and to affirm the key role of migrant sea rescue and solidarity practices in the struggle for a more open and democratic Europe.

Zum vollständigen Aufruf und der Möglichkeit der Unterzeichnung

<https://criticallegalthinking.com/2021/03/17/international-solidarity-call-mediterranean-saving-humans/>

Entschädigungszahlungen an mosambikanische
Vertragsarbeiter*innen

Offener Brief an die Bundesregierung

Über 17.000 Menschen aus Mosambik kamen zwischen 1979 und 1989 zum Arbeiten in die DDR. Nach dem Mauerfall mussten die meisten von ihnen das Land überstürzt verlassen. Seit mehr als 30 Jahren fordern sie die Auszahlung der ihnen zustehenden in der DDR einbehaltenen Lohnanteile, Rentenansprüche und sonstigen Sozialleistungen.

Zum vollständigen Offenen Brief und der Möglichkeit der Unterzeichnung

<https://bit.ly/2RoflPf>.

Siehe dazu auch den kurzen Film mit Manuel Njacutou, zusammen mit Julia Oelkers und Lars Maibaum, der den Zusammenhang der Einigungsvertrag festgeschriebene Ungleichbehandlung der DDR-"Vertragsarbeiter*innen" mit dem Pogrom in Hoyerswerda aufzeigt.

Zum Film auf YouTube

https://m.youtube.com/watch?v=ROqa_E3Suck

Monitoring zum Anti-Schwarzen Rassismus in Berlin

EOTO macht Anti-Schwarzen Rassismus sichtbar

Der EACH ONE Monitor macht das Phänomen Anti-Schwarzen Rassismus auf situierte und umfassende Weise sichtbar. Die gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für effektive Maßnahmen und Strategien zum Schutz Schwarzer Menschen gegen Diskriminierung. Die Erkenntnisse aus dem Monitoring-Prozess sowie weitere Fachliteratur zum Thema Anti-Schwarzer Rassismus werden im intersektionalen EACH-ONE-Archiv gesammelt und bereitgestellt und in einem jährlichen Bericht zusammengefasst.

Zum Monitoring Meldeformular

<https://each-one.de/monitoring/#meldeformular>

IDIra fordert rassismuskritische Lehre für deutsche
Bildungsinstitutionen

Petition an den Landtag in Niedersachsen

IDIra steht für die Initiative für Diskriminierungssensibilität und Rassismuskritik. Gemeinsam mit anderen Organisationen in ganz Deutschland hat IDiRa deswegen eine Petition gestartet, welche rassismuskritische Lehre für deutsche Bildungsinstitutionen fordert.

Zur Petition und der Möglichkeit zu unterzeichnen

www.navo.niedersachsen.de/navo2/portal/nipetition/0/publicviewpetition?id=60

Atlanta – War da was?

Offener Brief

Gegen anti-asiatischen Rassismus und gesellschaftliches Schweigen! Für interkommunale Solidarität und dekoloniales Gedenken!

Heute vor genau einem Monat wurden am 16. März 2021 sechs asiatische Migrantinnen aus China und Korea sowie zwei weiße Klient*innen in drei asiatischen Massagesalons in Atlanta (Georgia) durch einen jungen weißen christlichen Fundamentalisten ermordet. Aktive aus asiatisch-diasporischen Communities veranstalteten am 23. März 2021 eine Gedenkfeier für die Opfer der rassistischen und sexistischen Attacken an der Friedensstatue gegen sexualisierte Gewalt an Frauen in Berlin. Außerdem fand am 28. März 2021 eine Kundgebung vor dem Brandenburger Tor gegenüber der U.S.-Botschaft statt.

Wir sind diverse Menschen mit unterschiedlichen Geschichten aus verschiedenen asiatisch-deutschen Communities wie aus anderen asiatischen Diasporen. Wir solidarisieren uns aus einer transnationalen Perspektive mit den asiatisch-amerikanischen Communities. Mit unserem politischen Handeln wollen wir einen Beitrag leisten, anti-asiatischen Rassismus sichtbar zu machen und unsere Perspektiven dagegensetzen. Dies kann nur im Zusammenhang mit der Bekämpfung von anderen Formen von Rassismus sowie Sexismus und Klassismus erfolgen!

Mit Bestürzung müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die gesellschaftspolitische Bedeutung dieses anti-asiatischen Massenmords weder in den USA und noch weniger in Deutschland tatsächlich anerkannt wird. Politisch wurde das Massaker an unschuldigen und unbewaffneten Opfern bisher nicht als terroristischer Anschlag gewertet und strafrechtlich auch nicht als „racial hate crime“ verfolgt. Dabei steht außer Frage, dass die Mordtat geplant war und mit menschenverachtender Brutalität auf asiatische Frauen in asiatisch-diasporischen Räumen zielt. Angesichts der Tragweite dieses Ereignisses sind wir enttäuscht und wütend, aber nicht überrascht, dass ein Großteil der deutschen Medien nur spärlich über dieses Ereignis berichtet und unzureichend über historische wie gesellschaftliche Hintergründe informiert. Auch die deutsche Politik und Gesellschaft hat diese Morde nicht zur Kenntnis genommen. Damit setzt sich eine Tradition fort, in der anti-asiatischer Rassismus in der Gesellschaft systematisch unterschätzt, meist institutionell negiert und immer noch zu oft unsichtbar gemacht wird.

Zum vollständigen Offenen Brief und der Möglichkeit der Unterzeichnung

www.kororientation.de/atlanta-offener-brief/

Viel erreicht –viel zu tun!

Positionspapier des LJR NRW

Der Arbeitskreis G5 wirbt in einer gemeinsamen Position für eine nachhaltige Integration geflüchteter und benachteiligter Kinder und Jugendlicher durch einen Erhalt der Mittel aus der bisherigen Titelgruppe 68. Im Zuge der Flucht- und Migrationsbewegungen der vergangenen Jahre und der aktuellen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse ist auch die Zielgruppe der Kinder-, Jugend- und Jugendsozialarbeit größer und herausfordernder geworden.

Zum vollständigen Positionspapier

www.ljr-nrw.de/wp-content/uploads/2021/02/Positionspapier-G5_Viel-erreicht-viel-zu-tun-Web.pdf

Tagungen / Veranstaltungen

„Bildung im Kontext von Flucht*Migration: Subjektbezogene und machtkritische Perspektiven“

Tagung der PH Freiburg, 13.-15.Mai, Online-Veranstaltung

Die Abschlusstagung wird veranstaltet von der NFG 16 der Hans-Böckler-Stiftung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg im Rahmen des Programms „Bildungskontexte und (Aus-)Bildungswege von jungen Geflüchteten im Spannungsfeld von Ein- und Ausgrenzung“

Anmeldung

tagungflucht-migration@ph-freiburg.de

„You matter! Mädchen*_Power_Politik“

Projekt, Mai 2021-Okttober 2022, LAG Mädchen*politik BW

Die LAG Mädchen*politik startet ein neues Projekt zum Thema politische und gesellschaftliche Partizipation von besonders benachteiligten Mädchen* und jungen Frauen*. Wir möchten diejenigen zu Wort kommen lassen, deren Perspektiven oftmals gesellschaftlich nicht genug gehört und repräsentiert werden. Umgesetzt wird dieses Vorhaben in lokalen Aktionen von den Mädchen: selbst, in denen sie ihre Anliegen, Interessen und Wünsche für eine breite Öffentlichkeit sichtbar machen können. Für Fachkräfte finden Vernetzungs- und Qualifizierungstreffen über die Arbeit mit und die Erreichbarkeit von Mädchen* und jungen Frauen* in besonderen Lebenslagen statt. Eine landesweite dreitägige Mädchen*konferenz von und für die Teilnehmerinnen bietet eine Plattform für Austausch, Empowerment und verschiedene Beteiligungsformen. Ziel ist es, Mädchen* und junge Frauen* zur Mitbestimmung und Mitgestaltung zu ermutigen – und zwar insbesondere diejenigen, denen die Beteiligung oftmals erschwert wird.

Dafür suchen wir Mädchen*gruppen, die Lust haben an unserem Projekt teilzunehmen.

Informationen zum Projekt

www.you-matter.blog

Kontakt

Mona Feil, LAG Mädchen*politik Baden-Württemberg e.V.

0711 / 80 67 08 – 93, 0151 42 01 22 58, feil@lag-maedchenpolitik-bw.de

EmPOWERment?! How to share my Power?

Web-Seminar, 17. Mai, 10-11:30h, FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW

Zentral sind Räume, in denen das Artikulieren und der Austausch von Diskriminierungserfahrungen und Emanzipation als auch das Entwickeln von widerständigen Handlungspraktiken ermöglicht und unterstützt wird.

In diesem Web-Seminar nähern wir uns den Facetten des Empowerments und sprechen darüber, wie wir durch Selbstreflektion mehr Sensibilität für Diskriminierungserfahrungen erlernen können.

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung

www.gender-nrw.de/empowerment/

Anmeldeschluss

14.05.2021

Anmeldegebühr

10 EUR

Platz für Diversität!? – Festival für
diskriminierungskritische Allianzen zwischen Kunst
und Bildung

Online-Festival, 27.–29.Mai,

Beim Festival wollen wir möglichst diverses Erfahrungswissen zu Diskriminierungskritik zwischen Kunst und Bildung sichtbar machen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Formaten, in denen Du Dich mit anderen in kleinen Gruppen praktisch austauschen kannst. Im Programm findest Du deshalb viele Workshops und wenige Vorträge.

Alle weiteren Informationen

<http://platzfuervedersitaet.org/1/programm.html>

Die Perspektive der Rassismuskritik – den Blick
schulen

**Teil 1 der Vortragsreihe "Jenseits des Kolonialismus?", 25. Mai, Online-
Veranstaltung**

Voraussetzung für ein kritisch-reflexives Nachdenken über gesellschaftliche Verhältnisse ist ein Nachvollziehen der Legitimationsdiskurse, die beeinflussen, wie wir die Welt um uns herum wahrnehmen. Die britisch-australische Wissenschaftlerin Sara Ahmed formulierte es 2018 es so: „Um Rassismus zu sehen, musst du die Welt, die Unglück/lichsein verdeckt, weil sie die Ursachen des Unglück/lichsein überdeckt, anders als du es gelernt hast end-decken (un-see). Man muss gewillt sein, sich an geheime Orte des Schmerzes vorzuwagen.“ Im Rahmen des Vortrags von Alisha Heinemann, Professur Bildungsverläufe und Diversität an der Universität Bremen, werden wir uns dem 'Entdecken' annähern und damit eine Grundlage schaffen, um (nicht nur) Kinder- und Jugendliteratur 'neu' zu lesen und zu betrachten.

Alle Informationen zur Vortragsreihe

www.gew.de/veranstaltungen/detailseite/die-perspektive-der-rassismuskritik-den-blick-schulen/

Kontakt

Elina Stock, elina.stock@gew.de

Migration, Education, and the Political Sphere //
Migration, Bildung und das Politische //

**Internationale Tagung der Universitäten Zürich, Innsbruck und Bielefeld, 10.-
11. Juni, Online-Veranstaltung**

Nach Jahrzehnten der zunehmenden globalen Vernetzung, welche einerseits durch technologische Entwicklungen vorangetrieben worden ist, und andererseits durch eine

32. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Politik, welche die Märkte weltweit für Handel und Investitionen geöffnet und Arbeits- wie Bildungsmigration befördert hat, entstehen nicht erst mit der Corona-Pandemie auf allen Kontinenten politische Kräfte im Zeichen und mit der Orientierung der De-Globalisierung und Re-Nationalisierung. Das Unbehagen an der Globalisierung wird durch das neue Unbehagen an der De-Globalisierung ersetzt bzw. ergänzt. Beide Tendenzen kennen sowohl destruktive als auch konstruktive Erscheinungsformen. Die globale Gegenwart geht auch damit einher, dass Menschen verstärkt deshalb Grenzen politischer Ordnungen überschreiten, weil sie nicht nur davon ausgehen, dass sie dies können, sondern auch, dass Ihnen dies zusteht. Migration ist somit nicht allein ein Prozess des Überschreitens von (z.B. nationalen) Grenzen, sondern ein Phänomen, das die Thematisierung von symbolischen und materiellen Grenzen der Zugehörigkeit nach sich zieht, welche dadurch problematisiert, gestärkt und zuweilen auch überhaupt erst erschaffen werden. Gerade weil Migrationsphänomene gesellschaftliche und institutionelle Wirklichkeiten sowohl mit Bezug auf funktionale wie normative Aspekte in Frage stellen, geht mit diesen einher, dass die politische Dimension des Sozialen besonders deutlich in Erscheinung tritt. Das Politische verweist auf Auseinandersetzungen, Einsätze und Kämpfe um die Frage der „allgemeinen guten Ordnung“. Während das Ideal der öffentlichen Auseinandersetzung und Diskursivität weiterhin die Existenz oder wenigstens die Möglichkeit einer res publica voraussetzt respektive unterstellt, kann eine gemeinsame Welt weniger in ihrer Faktizität als vielmehr nur ihrer Normativität, Fiktionalität oder auch Widersprüchlichkeit verstanden, behauptet und vielleicht verteidigt werden. Der medial verstärkte Oberflächenrealismus und zahlreiche ideologische „Vereindeutigungstendenzen“ in Politik und Kultur bezeugen eine migrationsgesellschaftliche Krise der Imagination, welche im Kern sowohl eine Krise des Politischen als auch eine Krise der Bildung darstellt. Sie fordert heraus Gesellschaft neu zu denken, einen Umgang mit dem Verschiedenen zu finden, Solidaritäten zu entwickeln, die nicht auf die uns jeweils ähnlichen beschränkt bleiben, wie insgesamt den Möglichkeitssinn und die Vorstellungskraft zu befördern hinsichtlich dessen, was heute noch das Politische sein könnte. Damit verbunden ist ein Nachdenken über Bildung und Erziehung in der Migrationsgesellschaft, das sich deren Ambivalenzen stellt und ihren politischen Potentialen zu nähern sucht.

Zum Tagungsprogramm

www.uni-bielefeld.de/erziehungswissenschaft/ag10/Tagung_Juni2021_Migration_Bildung_das_Politische.pdf

Anmeldung

n.burri@ife.uzh.ch

Was uns stärkt und was uns verbindet! Rassismus, Männlich*keiten und Empowerment

Online-Fortbildung, 23. Juni, 10-16h, FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW

Die Veranstaltung soll die Möglichkeit eröffnen, sich mit Rassismuserfahrungen als Männer* zu beschäftigen und sich gegenseitig zu empoweren. Denn Männer* sind – im Unterschied zu Frauen* oder Queers of Color – im Herrschaftssystem „Rassismus“ anderen Erfahrungen ausgesetzt. Gleichzeitig sind sie innerhalb gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse in einer unterdrückenden Position gegenüber diesen Gruppen, was die Verschränkung mit Sexismus deutlich macht.

Alle weiteren Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung

www.gender-nrw.de/home_new/fuma-fortbildungen/rassismus-maennlichekeiten/

Anmeldeschluss

16. Juni 2021

Kosten

75 EUR

Borders & Migration

5-teilige Ringvorlesung in englischer Sprache der IHG Frankfurt, Mai-Juli, Online-Veranstaltungen

Lecture Series Summer 2021

Goethe-University Frankfurt – Department of Human Geography

They create spaces and mark an 'inside' and an 'outside'. They simultaneously separate and connect and offer a selective permeability. Borders shape societies and everyday life. What appears as a geographical fact, as a line on the map, is a product of material, discursive and performative construction processes. The speakers of the lecture series approach different perspectives on this construction of borders. Where and how are borders (re)produced, questioned and changed? How do they function in everyday life and beyond national borders? By looking at structures, actors, institutions, practices and materialities, the lecturers problematize the one-sided narrative according to which borders are defined exclusively by national authorities and their agents. The lecture series thus shows the contested nature of borders in everyday life, politics and law.

Sie schaffen Räume, unterscheiden ein Innen und ein Außen. Sie trennen und verbinden und wirken selektiv durchlässig. Grenzen prägen Gesellschaften und das Alltagsleben. Was dabei als geographisches Faktum, als Linie auf der Landkarte erscheint ist ein Produkt materieller, diskursiver und performativer Konstruktionsprozesse.

Die Referent*innen der Ringvorlesung nehmen unterschiedliche Perspektiven auf diese Konstruktion von Grenzen ein. Wo und wie werden Grenzen (re)produziert, hinterfragt und verändert? Wie funktionieren sie im Alltag und jenseits nationaler Außengrenzen? Indem verschiedene Strukturen, Akteure, Institutionen, Praktiken und Materialitäten in den Blick genommen werden, problematisieren die Vortragenden das einseitige Narrativ, nach dem Grenzen ausschließlich von nationalen Instanzen und deren Handlanger*innen definiert werden. Die Ringvorlesung zeigt so die Umkämpftheit von Grenzen im Alltag, in Politik und Recht auf.

Termine

5. Mai, 14 Uhr: Martina Tazzioli (University of London): The Making of Migration. The biopolitics of mobility at Europe`s borders.

2. Juni, 16 Uhr: Harald Bauder (Ryerson University): From Sovereignty to Solidarity: Rethinking Human Migration.

9. Juni, 14 Uhr: Pinar Tuzcu (Universität Kassel): Representation and Politics of Location in Migration Research in Digital Times.

23. Juni, 14 Uhr: Kathryn Cassidy (Northumbria University): The Disorders of Everyday Bordering.

7. Juli, 14 Uhr: Maurice Stierl (University of Warwick): The Mediterranean as a Carceral Sea

Alle Informationen zum Programm, Anmeldung und Zugangsdaten

www.uni-frankfurt.de/47235672/Lecture_series

„Queer Migration to Liberation? Zur Heteronormativität von Migrations- und Grenzregimen“

Ringvorlesung der Uni Kassel, Mai- Juli, Online-Veranstaltungen

Migrationen und Grenzen sind nicht nur vergeschlechtlicht, auch implizite und explizite heteronormativen Rahmungen strukturieren alle Aspekte der Migration. Sexualität fungiert dabei als eine Kategorie der Macht und sozialen Organisation, die Individuen im Zentrum oder in der Peripherie verortet, sie auf eine bestimmte Weise zu Rechten und Schutz, Ressourcen und Möglichkeiten sowie Gewalt positioniert. Dabei dient Sexualität als Mittel der Grenzziehung und bringt gleichermaßen Migrationen und Grenzen in Bewegung. In dieser Vorlesungsreihe widmen wir uns Sexualitäten und Geschlechtern aus migrationswissenschaftlicher Perspektive und fragen gleichermaßen nach ihrer (historischen) Rolle in der Produktion, Reproduktion und Aufrechterhaltung von Migrations- und Grenzregimen sowie nach Momenten der Transgression und Herstellung von Handlungsmöglichkeiten.

Termine

18:00-20:00 – online

Di, 11.05.21, Dr. Petra Sußner (HU Berlin): Mit Recht gegen die Verhältnisse – Zum Potential von Heteronormativität im Asylrecht

Anmeldung unter: <https://veranstaltungen.uni-kassel.de/event/iag-sussner>

Di, 25.05.21, Prof. Dr. Nikita Dhawan (Uni Gießen): Queer mobil? Heteronormativität und Migrationsforschung

Anmeldung unter: <https://veranstaltungen.uni-kassel.de/event/iag-dhawan>

Mo, 07.06.21, Prof. Dr. Hella von Unger (LMU München): Standortgebundenheit der Forschung: (Wie) lässt sich „Othering“ in der Flucht- und Migrationsforschung vermeiden?

Anmeldung unter: <https://veranstaltungen.uni-kassel.de/event/iag-unger>

Di, 22.06.21, Prof. Dr. Bettina Kleiner (Uni Frankfurt) & Prof. Dr. Marc Thielen (Uni Hannover): Familie, Verwandtschaft, Haushalt? – Konzeptionelle Überlegungen zur Analyse von Lebensweisen queerer Geflüchteter in Deutschland

Anmeldung unter: <https://veranstaltungen.uni-kassel.de/event/iag-kleiner-thielen>

Di, 06.07.21, Prof. Dr. Paula-Irene Villa Braslavsky (LMU München): Trans*gender in Culture Wars? Soziologische Überlegungen zu Fronten, Grenzen und Überschreitungen

Anmeldung unter: <https://veranstaltungen.uni-kassel.de/event/iag-villa>

Anmeldung

verena.hucke@uni-kassel.de

Solidarität, Kämpfe und Identitäten

Auftaktveranstaltung, 24. Juni, 19-21 Uhr, Online-Veranstaltungsreihe „Bleibt empfindsam. Solidarität in der Migrationsgesellschaft“

- Input von Sabine Hark (Berlin). Respondenz von Oscar Thomas-Olalde (Innsbruck)
- Input von Rubia Salgado (Linz). Respondenz von Robert Pfützner (Darmstadt)
- Moderation: Paul Mecheril

32. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Solidarität ist ein auf Perspektivenübernahme und dem Empfinden für die Situation und Lage anderer basierendes sowie auf den Erhalt und die Ermöglichung von Lebensformen zielendes Engagement, das über die bloße Orientierung an Recht und formale Gerechtigkeit hinausgeht. Anerkennungstheoretisch wird gesellschaftliche Solidarität als jenes soziale Anerkennungsverhältnis verstanden, in dem jedes Gesellschaftsmitglied in die Lage versetzt wird, sich selbst in dem Sinne wertzuschätzen, dass es seine Fähigkeiten und Leistungen für den Gesellschaftszusammenhang als bedeutsam erfährt. Freilich tendiert ein solches Verständnis von Solidarität dazu, Solidarität als Bestandteil und Medium eines integrierten Gesellschaftszusammenhangs zu fassen und darin den Aspekt des kulturellen, (national-)staatlichen Eigenen zu betonen. Solidaritätskonzepte, die auf die Figur einer „Solidarität unter Vertrauten“ bezogen sind, stehen in einem Spannungsverhältnis zu der Pluralität und Diversität der Lebensformen, die gesellschaftliche Kontexte (Städte, Nationalstaaten, Regionen, Weltgesellschaft) prägen und verbinden. Der Schritt von einer „Solidarität unter uns“ hin zu einer „Solidarität unter Fremden“ (Brunkhorst) liegt aufgrund der Konstitution gegenwärtiger Gesellschaften nahe. Formen wechselseitiger sozialer Anerkennung, die den „Gemeinschafts-Mangel“ weder beklagen noch provinzialisierend und separierend kompensieren, können als jene postkommunitäre Solidarität bezeichnet werden, die im Rahmen migrationsgesellschaftlicher Realität geschaffen, begehrt, aber auch angefeindet und belächelt wird. Im Rahmen der digitalen Veranstaltungsreihe werden wissenschaftliche, künstlerische, politische und aktivistische Akteur:innen aus unterschiedlichen Bereichen der Wissensproduktion mit unterschiedlichen performativen Formaten (Vortrag, Performance, Musik, Lesung etc.) zum Thema Solidarität in der von Rassismus und dem Wiedererstarken nationalistischer Kräfte einerseits sowie der Ausbreitung neuer Bündnisse und rassismuskritischer Lebensformen andererseits geprägten Migrationsgesellschaft ins Gespräch kommen.

Weitere Informationen

www.uni-bielefeld.de/erziehungswissenschaft/ag10/veranstaltungen.html

Safe the date: Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten für die kommunale Gestaltung der Migrationsgesellschaft

Fachtag, 15. Juli, Online-Veranstaltung

Konzepte für die kommunale Gestaltung der Migrationsgesellschaft basieren im Wesentlichen auf unzureichenden statistischen Daten: Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund. Diese sind für die kommunale Planung unzureichend. Neue Möglichkeiten der Erhebung von Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten, wie sie die Berliner Organisation Citizens For Europe (CFE) entwickelt hat, sind allerdings u.a. aufgrund des umfangreichen Datenschutzes und der Beteiligung diskriminierter Communities zu umfangreich und aufwendig und für kleinere Kommunen nicht einfach selbst zu erheben.

Bei dem Fachtag wollen wir Möglichkeiten ausloten, welche umsetzbaren Ansatzpunkte und ersten Schritte es für einen professionelleren Umgang mit Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten gibt. Hierbei können neben umfangreicheren Erhebungen, die auf Selbstbenennungen basieren, auch qualitative Verfahren sowie Kooperation mit Selbstorganisationen eine Rolle spielen.

Veranstalter*innen:

32. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

adis e.V. (Projekt clever-iq) und Citizen For Europe in Kooperation mit dem Städtetag Baden-Württemberg und dem Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA)

Alle weiteren Informationen demnächst auf

www.adis-ev.de

Materialien

Ungleiche Teilhabe. Zur Lage der Sinti und Roma in Deutschland

Studie von Romnokher

Die aktuelle Studie von Romnokher behandelt mit Beiträgen von Karin Cudak/Iulius Rostas, Frank Reuter, Albert Scherr, Christian Brüggemann, Alexander Diepold, Christoph Leucht und Sebastian Starystach die Bildungssituation von Sinti und Roma im deutschen Bildungssystem.

Zum Download

https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/2021_RomnoKher_Ungleiche_Teilhabe.pdf

Siehe zur Veröffentlichung auch

Gravierende soziale Benachteiligung von Sinti und Roma

Artikel im migazin vom 01. März

www.migazin.de/2021/03/01/studie-gravierende-benachteiligung-sinti-roma/

Aufzeichnung der Präsentation auf YouTube

Zum YouTube-Filme

www.youtube.com/watch?v=dX3LDIcmjCc

Gescheiterte junge Geflüchtete?

Abschlussbericht des Forschungsprojekts zu Problemlagen und zum Unterstützungsbedarf junger männlicher Geflüchteter in Baden-Württemberg.

Prof. Dr. Albert Scherr, Helen Breit (M.A.), Pädagogische Hochschule Freiburg, Institut für Soziologie

Zum Abschlussbericht

https://phfr.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/880/file/Forschungsbericht_JungeGefluechtete_2021.pdf

Zu wenig Anlaufstellen bei antimuslimischem Rassismus

Studie

Antimuslimischer Rassismus macht in Deutschland einen erheblichen Anteil an rassistischen Hassverbrechen insgesamt aus. Gleichzeitig zeigt eine neue Studie, dass Beratungsstellen über wenige Ressourcen verfügen und Betroffene oft nicht unterstützen können.

Zur Studie

www.claim-allianz.de/aktuelles/news/neue-studie-beratungsangebote-fuer-betroffene-von-antimuslimischem-rassismus/

„So Nicht Bestellt“- der kritische Podcast über Abschiebungen

Podcast von Bon Courage e. V.

Zu seinem 69. Geburtstag wurden 69 Menschen nach Afghanistan abgeschoben. Das habe er "nicht so bestellt" meinte Bundesinnenminister Horst Seehofer nach dem 04. Juli 2018. Diese unsägliche Aussage wird künftig titelgebend für unseren Podcast sein, denn auch wir sagen: Wir haben das so nicht bestellt! Nicht die Abschiebungen, nicht die asylpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre, die immer schärfer wurden und werden. Mit dem Podcast machen wir auf den Verwaltungsvorgang der Abschiebung aufmerksam. Ein Vorgang, der die Frage nach dem "Gehen oder Bleiben?" brutal beantwortet.

Zum Podcast

<https://so-nicht-bestellt.podigee.io/>

Kontakt

info@boncourage.de

<https://boncourage.de/>

Realitäter:innen

Podcast

Gizem Adiyaman und Lucia Luciano, die sich als DJs mit HipHop Parties einen Namen gemacht haben, drehen in „Realitäter:innen“ leise Stimmen lauter und sprechen mit ihren Gäst*innen über Sexismus, Rassismus und Homofeindlichkeit, für Body Positivity, Female Empowerment und Diversität.

Zum Podcast

www.deutschlandfunkkultur.de/realitaeter-innen-bei-spotify-der-podcast-nach-der-party

Ádám, Éva/Burchardt, Anita/Friedrich, Anna im Auftrag von Amaro Drom e. V. (Hg.): Dikhen amen! Seht uns! Praxishandbuch zum Empowerment und zur Sensibilisierung für Rassismus aus der Sicht junger Rom*nja und Sinti*ze

Fachinformation, Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe, Bericht/Dokumentation

Das Handbuch, das auf dem gleichnamigen Projekt „Dikhen amen! Seht uns!“ basiert, macht auf die weit verbreitete Diskriminierung von Rom*nja und Sinti*zze in Deutschland aufmerksam. Neben der Dokumentation der Projektaktivitäten werden ausführlich Methoden für die politische Bildungsarbeit vorgestellt. Die Methoden richten sich gegen Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze und auf Empowermentstrategien.

32. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Die Broschüre schließt u. a. mit weiterführenden Literaturempfehlungen und einem Glossar zum Thema.

Zum Download

www.vielfalt-mediathek.de/material/dikhen-amen-seht-uns-praxishandbuch-zum-empowerment-und-zur-sensibilisierung-fuer-rassismus-aus-der-sicht-junger-romnja-und-sintize

Quelle: Infomail 02/2021, www.idaev.de

Özcan Karadeniz, Anna Sabel: Die Erfindung des muslimischen Anderen – 20 Fragen und Antworten, die nichts über Muslimischsein verraten

Buch

Was haben alle ›Muslim*innen‹ gemeinsam? Wie steht es um die »Islamisierung des Abendlandes«? Wieso wirken andere Männer bloß immer wieder so viel fruchtbarer? Warum verkaufen sich Kreuzberger Kriminalitätsgeschichten besser als andere? Wann werden aus erzkonservativen Politiker*innen Feminist*innen? Muss man Paschas tolerieren, oder: Müssen wir nicht zumindest unsere Homosexuellen schützen?

In der (Nicht-)Beantwortung dieser und weiterer Fragen setzen sich die Autor*innen mal ironisch, mal zweifelnd oder energisch mit antimuslimischem Rassismus auseinander. Ein Essayband, der zur Reflexion und zum Nachdenken einlädt.

Mit Texten von Anna Sabel, Özcan Karadeniz, Mehmet Arbag und Gastbeiträgen von Prof. Dr. Schirin Amir-Moazami, Prof. Dr. Iman Attia, Assoc. Prof. Dr. Claudia Brunner, Prof. Dr. María do Mar Castro Varela, Prof. Dr. Fatima El-Tayeb, Prof. Dr. Naika Foroutan, Prof. Dr. Sabine Hark.

Zur Bestellmöglichkeit

www.unrast-verlag.de/neuerscheinungen/die-erfindung-des-muslimischen-anderen-detail

Katja Kinder, Peggy Piesche: Wahrnehmung-Haltung-Handlung. Diskriminierungskritische Bildungsarbeit: Eine prozessorientierte Intervention

Publikation

Seit dem Jahreswechsel gibt es in der Reihe der RAA Berlin zum rassismus- und diskriminierungskritischen Ansatz „Diversitätsorientierte Organisationsentwicklung“ eine neue Broschüre.

Unter dem Titel „Wahrnehmung – Haltung- Handlung“ machen dort Katja Kinder und Peggy Piesche eine „prozessorientierte Intervention“. An Hand von Beispielen und Übungen zeigen sie die zentrale, zu oft vernachlässigte Bedeutung von „Fühlen“, „Innehalten“ und „Verstörung“ in der diskriminierungskritischen Bildungsarbeit und Reflexion auf.

Zum Download

<https://raa-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/RAA-BERLIN-DO-WAHRNEHMUNG.pdf>

Weitere Titel aus der Publikationsreihe

<https://raa-berlin.de/raa-berlin-do-publikationsreihe/>

Karin Scherschel, Benedict Bazyar Gudrich: Der Islam der Medienschaffenden. Eine qualitative und rassismustheoretische Analyse

Analyse

Spätestens mit der Iranischen Revolution 1979 entdeckten die Medien den Islam als Gegenstand der Berichterstattung. Seither sind Inszenierungen des Islam als bedrohlich ebenso Teil medialer Präsentationen wie eine Kritik an seiner eindimensionalen Darstellung. Der vorliegende Beitrag befasst sich aus rassismustheoretischer Perspektive und auf Basis empirischer Befunde mit der Frage, wie diskursgestaltende Medienschaffende diese Inszenierungen wahrnehmen. Die Analyse zeigt, dass Medienschaffende zwar eine differenzierte Kritik antizipieren, aber dennoch Zugeständnisse an eine Leser*innenschaft machen, die ihnen Verharmlosungen islamistischer Gewalt vorwirft. Populistische Debatten um ›Lügenpresse‹ und ›Systemmedien‹ bleiben für Journalist*innen nicht ohne soziale Konsequenzen. Sie fürchten um ihre Rolle als ›Gatekeeper‹ angesichts einer Pluralisierung der Medienlandschaft und des Aufschwungs rechter politischer Parteien und Strömungen sowie deren medialer Stimmungsmache. Die Befunde belegen antidemokratische Entwicklungen der ›vierten Gewalt‹ und weisen auf Gefährdungen ihres emanzipatorischen Auftrags hin.

Zum kostenlosen Download

<https://journals.ub.uni-osnabrueck.de/index.php/zmf/article/view/116/92>

Scherchel, Karin, Bazyar-Gudrich, Benedict:

Der Islam der Medienschaffenden. Eine qualitative und rassismustheoretische Analyse.

Zeitschrift für Migrationsforschung, 1(2), 2021.

S. 123 - 145.

Julia Devlin, Tanja Evers, Simon Goebel (Hrsg.): Praktiken der (Im-)Mobilisierung. Lager, Sammelunterkünfte und Ankerzentren im Kontext von Asylregimen

Buch

Seit den 1970er Jahren gehört die Unterbringung Geflüchteter in Sammelagern zum Repertoire asylpolitischer Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland. Ihre nur selten vorgenommene wissenschaftliche Aufarbeitung war dabei stets von der Kritik an den Lagern als nicht menschenrechtskonform geprägt. Die interdisziplinären Beiträge des Bandes nehmen die erneute öffentliche und wissenschaftliche Aufmerksamkeit für dieses Thema zum Anlass, eine große Bandbreite an Lager-Konzepten – sowohl in Deutschland als auch international – theoretisch wie empirisch in den Blick zu nehmen. Die durch Lager forcierte Immobilisierung vormals mobiler Menschen führt zu einem analytischen Spannungsverhältnis, dem sich alle Autor*innen des Bandes widmen.

Zur Bestellmöglichkeit

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5202-4/praktiken-der-im-mobilisierung/

Zum Download

www.transcript-verlag.de/shopMedia/openaccess/pdf/oa9783839452028.pdf

Print

3/2021, 472 Seiten kart.

44,00 EUR

ISBN 978-3-8376-5202-4

E-Book (PDF), Open Access

3/2021, 472 Seiten

kostenlos

ISBN 978-3-8394-5202-8

5 Jahre EU-Türkei-Deal: Der Moria-Komplex

Studie von Max Pichl im Auftrag von mecio international

Verantwortungslosigkeit, Unzuständigkeit und Entrechtung fünf Jahre nach dem EU-Türkei-Abkommen und der Einführung des Hotspot-Systems. Eine Studie von Maximilian Pichl im Auftrag von medico international.

Das Elend von Moria ist keine „humanitäre Katastrophe“, sondern Ergebnis einer europäischen Politik, die auf der Auslagerung der Verantwortung für Flüchtlinge und Migrant*innen basiert. Anlässlich des fünfjährigen Bestehens des EU-Türkei-Abkommens vom März 2016 veröffentlicht medico international eine Studie, die der Jurist und Politikwissenschaftler Maximilian Pichl angefertigt hat. Am Beispiel der Lage im Flüchtlingslager auf Lesbos belegt sie, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Situation der Flüchtlinge dort und der europäischen Migrationspolitik gibt.

Durch den „EU-Türkei-Deal“ und den Aufbau von Lagern an den EU-Außengrenzen ist etwas entstanden, was Maximilian Pichl in der Studie als „Moria-Komplex“ fasst. Der Brand im September 2020 hat zwar das Lager in Moria zerstört, aber nicht den Moria-Komplex. Alle in diesen Komplex verwickelten Akteur*innen tragen unmittelbar oder mittelbar zum Fortbestehen des Lagersystems und der Entrechtung von Geflüchteten bei.

Zur Studie als Download

www.medico.de/moria

Postkolonial erinnern – rassismuskritische Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialherrschaft

Unterrichtsmaterial

Dieses Modul wurde im Rahmen des Projektes „Geschichten in Bewegung: Erinnerungspraktiken, Geschichtskulturen und Historisches Lernen in der deutschen Migrationsgesellschaft“ entwickelt und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft" und der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.

Das Modul beschäftigt sich mit der Erinnerung an den deutschen Kolonialismus: Es gibt Einblicke in die deutsche Kolonialherrschaft und thematisiert anhand von Denkmälern, Schulbüchern, Straßenbenennungen und Afrikabildern Formen der Erinnerung. Ziel der beiden Autorinnen, Josephine Apraku und Dr. Jule Bönkost ist es, die Schüler*innen (S*S) zu einer machtkritischen Auseinandersetzung mit Kolonialismus anzuregen. Sie lernen verschiedene Standpunkte im Diskurs um Erinnerung und Gedenken an die deutsche Kolonialzeit kennen und lernen, dass Erinnerungsdiskurse nicht neutral sind, sondern kontrovers verhandelt werden.

Weitere Informationen

www.zwischentoene.info/themen/unterrichtseinheit/praesentation/ue/postkolonial-erinnern.html

Anti-Schwarzer Rassismus intersektional

Videoreihe

"Im Rahmen unserer Reihe »Anti-Schwarzer Rassismus intersektional« des EOTO »Kompetenzzentrum Anti-Schwarzer Rassismus« haben wir mit 7 Personen über ihre Erfahrungen und Positionierungen zum Thema Schwarzsein und Intersektionalität gesprochen."

Bisherige Videos

<https://youtu.be/7h7ENE1x0LM>

<https://youtu.be/25NRs1ehUAI>

<https://youtu.be/jtJi9su0aUc>

<https://youtu.be/DyiwGgI0NcA>

<https://youtu.be/7hvvEsmm-TY>

<https://youtu.be/TkWmFfD7xIU>

<https://youtu.be/d-EEhXA0Da8>

Haidi Barz: „Gut gemeint ist nicht gut gemacht!“

Kriterien zur Reflexion und Vermeidung von Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze in didaktischem Material und der Unterrichtsplanung

Wie untersucht man Lehrmaterial auf Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja?

Hajdi Barz legt mit „Gut gemeint, ist nicht gut gemacht“ Kriterien vor, die Lehrenden und Lernenden ein wertvolles Werkzeug im rassismuskritischen Umgang mit Lehrmaterial sein können.

Zum Download

www.romnja-power.de/wp-content/uploads/2021/03/201007_Kriterienraster_Online.pdf

Zu den Kriterien gibt es auch einen Kurzfilm auf YouTube.

<https://m.youtube.com/watch?v=zLUOdrY-ndI>

„Antisemitismus im Kontext Schule – Deutungen und Umgangsweisen von Lehrer*innen an Berliner Schulen“

Studie

Das erste Forschungsprojekt der Studienreihe „Antisemitismus im Kontext Schule – Deutungen und Umgangsweisen von Lehrer*innen an Berliner Schulen“ (2018-2020) wurde durch den Forschungsbereich des Kompetenzzentrums in Kooperation mit dem Arbeitsbereich Sozialpädagogik der Freien Universität Berlin unter Leitung von Marina Chernivsky und Dr. Friederike Lorenz und unter wissenschaftlicher Mitarbeit von Johanna Schweitzer durchgeführt.

Das Erkenntnisinteresse der Studie richtet sich auf die biografisch geprägten Verständnisse von Antisemitismus durch Lehrer*innen und Schulleitungen sowie Schilderungen von Situationen und Bedarfen hinsichtlich des Umgangs mit Antisemitismus an Schulen. Auf der methodischen Grundlage der interpretativen und rekonstruktiven Sozialforschung wurden Gruppendiskussionen und narrative Einzelinterviews durchgeführt.

Zu den Ergebnissen und weiteren Informationen der Studie

<https://kompetenznetzwerk-antisemitismus.de/angebote/analyse/forschungsprojekte-und-studien/praxisforschung-umgang-mit-antisemitismus-im-kontext-schule>

Projekt RISE: Online-Workshops für Jugendliche

Materialpakete

RISE bietet einen kostenlosen (Online-)Workshop für Jugendliche ab 14 Jahren zu den Themen Rassismus, Pluralismus, Gender, Gesellschaftskritik sowie Werte und Religion an. Im Rahmen des Projekts produzieren junge Menschen Kurzfilme zu einem der fünf Themenschwerpunkte. Diese stehen mit entsprechender pädagogischer Rahmung als Methodenpakete für den Einsatz in der pädagogischen Praxis frei zur Verfügung.

Weitere Informationen

<https://rise-jugendkultur.de/das-projekt/workshops/>

Meldungen

Deutschland nimmt Definition für Antiziganismus an **Artikel im migazin vom 01. April**

Deutschland hat die Arbeitsdefinition von Antiziganismus der Internationalen Allianz zum Holocaust-Gedenken übernommen. Danach ist das Z-Wort antiziganistisch, wenn es als Beleidigung verwendet wird.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/04/01/neue-richtschnur-deutschland-definition-antiziganismus/

Quelle: www.migazin.de

Nur abwertend oder doch antisemitisch?

Artikel im migazin vom 23. Februar

Tohuwabohu, Schickse, schmusen, mauscheln - etliche jiddische Begriffe wurden als Lehnwörter ins Deutsche übernommen. Ihre Verwendung gilt nicht immer als unproblematisch. Doch vielen Sprechern ist das nicht bewusst.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/02/23/nur-abwertend-oder-doch-antisemitisch/

Quelle: www.migazin.de

Polizeieinsatz im Flüchtlingsheim Ellwangen war rechtswidrig

Artikel im migazin vom 22. Februar

Der Polizeieinsatz mit hunderten Beamten im Flüchtlingsheim Ellwangen war unverhältnismäßig. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat dem klagenden Flüchtling jetzt teilweise recht zugesprochen. Sein Anwalt bezeichnet das Urteil als eine „schallende Ohrfeige“ für Seehofer.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/02/22/verwaltungsgericht-stuttgart-polizeieinsatz-fluechtlingsheim-ellwangen/

siehe dazu auch

Gericht legitimiert Polizeigewalt- Ellwangen-Urteil ist Freibrief für Grundrechtsverletzungen

Kommentar von Aino Korvensyrjä im migazin vom 05. März

Kürzlich hat das VG Stuttgart über die Polizeirazzia in Ellwangen im Mai 2018 entschieden. Das Urteil wurde in Medien als Erfolgsmeldung für Geflüchtete gefeiert. Bei näherer Betrachtung zeigt sich ein anderes Bild.

Zum Kommentar

www.migazin.de/2021/03/05/freibrief-gericht-legitimiert-polizeigewalt-in-ellwangen/

Quelle: www.migazin.de

Menschenrechtler fordert Impfung von Arbeitsmigranten

Artikel im migazin vom 27. April

Ausbeuterische Arbeitsbedingungen, menschenunwürdige Unterkünfte, hohe Infektionszahlen. Bei Corona-Impfung fallen Arbeitsmigranten dennoch durchs Netz. Menschenrechtler Peter Kossen spricht von „Wegwerfmenschen“.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/04/27/wegwerfmenschen-menschenrechtler-fordert-impfung-von-arbeitsmigranten/

Quelle: www.migazin.de

Häufung von Corona bei Migranten hat soziale Ursachen

Artikel im migazin vom 17. März

Ein „Bild“-Bericht sorgte zunächst für Empörung, stellte sich später aber als unwahr heraus: Bis zu 90 Prozent aller Corona-Intensivpatienten seien Migranten. Dieser Darstellung widerspricht auch Soziologin Kohlenberger.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/03/17/soziologin-haeufung-corona-migranten-ursachen/

Quelle: www.migazin.de

Integrations-Studie: Strukturelle Probleme und Reformbedarf bei der Polizei

Artikel im migazin vom 08. April

Die Polizeibehörden bemühen sich um die Rekrutierung von Bewerbern mit Migrationshintergrund, lassen sie mit strukturellen Problemen innerhalb der Polizei aber alleine. Ihre Zusatzqualifikationen werden zudem nicht honoriert. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/04/08/integration-studie-strukturelle-probleme-reformbedarf/

Quelle: www.migazin.de

50-Jahre Bürgerbewegung der Sinti und Roma

Kommentar von Romeo Franz und Filiz Polat im migazin vom 08. April

Heute vor 50 Jahren trafen sich Vertreter von Sinti und Roma, um für ihre Rechte zu streiten. Sie haben viel erreicht, es gibt aber noch viel zu tun – vor allem für die Bundesregierung.

Zum Kommentar

www.migazin.de/index.php?s=50-Jahre+B%C3%BCrgerbewegung+der+Sinti+und+Roma

Quelle: www.migazin.de

Niemand hat die Absicht, ein Kopftuchverbot zu erlassen!?

Kommentar zum Gesetzentwurf von Gabriele Boos-Niazy im migazin vom 26. April

Das Bundesinnenministerium erlässt neue Regelungen zum Erscheinungsbild von Beamt*innen, die als verklausuliertes Kopftuchverbot daher kommen - eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Zum Kommentar

www.migazin.de/2021/04/26/niemand-hat-die-absicht-ein-kopftuchverbot-zu-erlassen/

Ein innerer Feind wird geschaffen

Artikel in der taz online vom 07. April

Eine Gesetzesvorlage soll Laizität stärken. Doch in Frankreich werde der Islam nicht nur von Rechten als ausländische Religion betrachtet, sagt Alain Policar.

Zum vollständigen Artikel

<https://taz.de/Politologe-ueber-Islam-in-Frankreich/!5758905/>

Quelle: www.taz.de

Diskriminierung von Migranten hat in der Pandemie zugenommen

Artikel im migazin vom 21. April

Wie aus einer aktuellen Studie hervorgeht, sind Einwanderer und Flüchtlinge die Corona-"Sündenböcke". Dabei sind sie die großen Verlierer der Pandemie: Ihre Gesundheit und Arbeitsplätze sind stärker gefährdet und sie werden öfter diskriminiert.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/04/21/studie-diskriminierung-von-migranten-hat-in-der-pandemie-zugenommen/

Quelle: www.migazin.de

Die Situation junger Geflüchteter in Deutschland

Online-Umfrage

Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) fordert Verbesserungen für junge Geflüchtete in den Bereichen Recht, Bildung und Gesundheit. Zudem müssten Betroffene wirksamer vor Diskriminierung und Rassismus geschützt werden, leitet der BumF aus einer Umfrage unter 1026 Fachkräften ab.

Zur Umfrage

<https://jugendsozialarbeit.news/umfrage-die-situation-junger-gefluechteter-in-deutschland/>

Quelle: Jugendsozialarbeit News 746

Mehr Schutz vor rassistischer Diskriminierung an Schulen

Policy-Brief

Wie können Lehrpersonal sowie die Schüler und Schülerinnen besser vor rassistischer Gewalt geschützt werden? Dieser Frage ging eine Forschungsgruppe von der HAW Hamburg nach. Die Gruppe erarbeitete bildungspolitische Empfehlungen zum Schutz vor rassistischer Diskriminierung an Schulen in Form eines Policy-Briefs.

Zum Brief und weiteren Informationen

www.jugendhilfeportal.de/fokus/demokratie/artikel/mehr-schutz-vor-rassistischer-diskriminierung-an-schulen/

Berliner Bildungsverwaltung verschwendet Steuergelder im Kampf gegen muslimische Lehrerinnen

Pressemitteilung des Bündnisses #GegenBerufsverbot

Die Bildungsverwaltung verschwendete bis heute 92.719,37 Euro an Verfahrenskosten, der Gang nach Karlsruhe wird das Land ein Vielfaches mehr kosten. Abschließend hatte das Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 27.08.2020 die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts bestätigt, die das Land Berlin zu einer Entschädigung wegen Diskriminierung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verurteilt hatte und gab damit der muslimischen Lehrerin wieder Recht. An der diskriminierenden Einstellungspraxis der Bildungsverwaltung hat sich seitdem nichts geändert: Das pauschale Berufsverbot für muslimische Lehrerinnen mit Kopftuch wird weiterhin aufrechterhalten.

Zur vollständigen Pressemitteilung

www.inssan.de/netzwerkqdi-aktuelles/560-pressemitteilung-des-buendnisses-gegenberufsverbot

Quelle: Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit, www.inssan.de

Antimuslimischer Rassismus in Berlin nimmt zu.

Pressemitteilung des Bündnisses #GegenBerufsverbot

Antimuslimischer Rassismus in Berlin nimmt zu. Die Fallzahlen steigen kontinuierlich an - von 115 Vorfällen im Jahr 2017, 176 Taten im Jahr 2018, 265 Vorfällen im Jahr 2019 auf 228 im Jahr 2020- trotz Corona-Pandemie und Lockdown.

Das Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit (Inssan e.V.) dokumentiert mit 228 Vorfällen für das Jahr 2020 eine gefährliche Entwicklung in Berlin. Im Vergleich zum Vorjahr mit 265 Meldungen ist das nur ein leichter Einbruch überwiegend im Diskriminierungsbereich sozialer Nahraum.

32. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Die Anlaufstelle erfasst seit 2016 systematisch Beleidigungen, Anfeindungen, Benachteiligungen und tätliche Angriffe auf Muslim*innen und Menschen, die als solche markiert werden. Es handelt sich um eine standardisierte Datenerfassung. Bei den Fallzahlen handelt es sich um Meldungen betroffener Menschen. Die Dokumentationsstelle arbeitet nicht als Recherche- und Monitoring-stelle. Meldungen werden überwiegend schriftlich über den Meldebogen oder über den Meldelink www.inssan.de/meldung an die Anlaufstelle herangetragen

Zur vollständigen Pressemitteilung

www.inssan.de/netzwerkqdi-aktuelles/559-pressemitteilung-zu-den-fallzahlen-2020

Quelle: Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit, www.inssan.de

Erste Sitzung der Expert*innenkommission zu antimuslimischem Rassismus

Pressemitteilung

Am 26. Februar 2021 begrüßten Senator Dr. Dirk Behrendt und Eren Ünsal, Leiterin der LADS, die Mitglieder und Gäste der neuen Expert*innen-kommission zu antimuslimischem Rassismus im Land Berlin. Mit dem neuen Gremium setzt Berlin ein Zeichen im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus und bündelt zu diesem spezifischen Phänomenbereich die Expertise aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Voraussichtlich in einem Jahr wird das Gremium Empfehlungen für das Verwaltungshandeln zur Prävention von antimuslimischem Rassismus veröffentlichen. Diese kritische Begleitung der Präventionsarbeit ist für die LADS und insbesondere für das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eine große Bereicherung, denn Bedarfe und Lücken können so sichtbar gemacht und im Landesprogramm entsprechend nachgesteuert werden.

Zur Pressemitteilung

www.berlin.de/sen/justva/presse/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1057701.php

Studie: Flüchtlinge arbeiten meist unter schlechten Bedingungen

Artikel im migazin vom 04. Mai

Die Arbeitsbereitschaft vieler Geflüchteter ist hoch – auch weil ihr Verbleib in Deutschland an einen Job gekoppelt ist. Einer Studie zufolge nutzen Arbeitgeber diese Zwangslage aus. Die Folgen der Arbeitsaufnahme sind dann oft das Gegenteil von Teilhabe. Experten sehen den Gesetzgeber in der Verantwortung.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/05/04/studie-fluechtlinge-arbeiten-meist-unter-schlechten-bedingungen/

Quelle: www.migazin.de

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof: „Mietwucher“ – Gericht kassiert Gebührenordnung für Flüchtlingsheime

Artikel im migazin vom 03. Mai

355,14 Euro fordert Bayern von Flüchtlingen für ein Einzelzimmer. Der Verwaltungsgerichtshof hat jetzt die Gebührenordnung kassiert. Begründung: Mietwucher. Der Flüchtlingsrat fordert Rückerstattung von zu Unrecht kassierten Gebühren.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2021/05/03/bayerischer-verwaltungsgerichtshof-mietwucher-gericht-gebuehrenordnung/

Quelle: www.migazin.de

Stellenanzeigen

Antidiskriminierungsbüro Sachsen sucht Antidiskriminierungsberaterin in Leipzig

Das Antidiskriminierungsbüro Sachsen (ADB) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine*n Berater*in für die Beratungsstelle Leipzig.

Stellenumfang

25h/ Woche

Befristung

Zunächst befristet bis 31.12.2021

Zur Ausschreibung

www.adb-sachsen.de/de/stellenangebote/stellenausschreibung-antidiskriminierungsberater-leipzig-25h

Die Integrationsoffensive Baden-Württemberg sucht eine*n neue*n Berater*in für Projekte im Raum Freiburg und im Raum Ravensburg

Die Integrationsoffensive Baden-Württemberg ist das Förderprogramm für Projekte der Offenen, Verbandlichen und Kulturellen Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Gestärkt werden sollen dabei vor allen Dingen Kinder und Jugendliche, die selbst eine Migrations- oder Fluchterfahrung gemacht haben oder deren Familien ursprünglich nach Deutschland migriert und die deshalb benachteiligt sind. Für ein Projekt in Freiburg und ein weiteres in Ravensburg suchen wir momentan Verstärkung für unser Team.

Jedes Projekt der Integrationsoffensive BW bekommt von uns einen Berater/eine Beraterin (m/w/d) zur Seite gestellt, der/die das Projekt gezielt unterstützt. Die Projektverantwortlichen erhalten über die gesamte Förderperiode die Möglichkeit, mit „ihren“ Berater*innen ihren Bedarf, ihre Situation und ihr Vorhaben zu reflektieren und so Anregungen für das Projekt zu erhalten. So sollen die Projekte nachhaltig und inklusiv umgesetzt werden. Innerhalb des Baden-Württemberg-weiten Beratungsteams werden die Bedarfe der Projekte in regelmäßigen Kolloquien reflektiert.

Wir suchen sowohl im Raum Freiburg, als auch im Raum Ravensburg (Bewerbung auch aus weiterer Umgebung wie Ulm möglich) je eine Person, die selbst diverse Perspektiven mitbringt, Erfahrung in der Beratungsarbeit (gut wäre natürlich eine Beratungsausbildung), Erfahrung mit Projektarbeit oder Gemeinwesenarbeit (bestenfalls innerhalb der Jugendarbeit) und Fachwissen im Bereich rassismuskritische Jugendarbeit oder Migrationspädagogik und vorurteilsbewusstes Handeln hat.

Rahmen

Wir bieten eine Vergütung von 45€ die Stunde (zzgl. Umsatzsteuer), Einbindung an ein Team, Reflexion durch regelmäßige Kolloquien und Supervision und natürlich den Kontakt mit tollen Projekten in der Region. Entstehende Fahrtkosten werden natürlich übernommen, Fahrtzeiten werden anteilig angerechnet.

32. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Bei Interesse schreiben Sie bitte eine Mail an integrationsoffensive@agjf.de mit einem kurzen Lebenslauf/Darstellung Ihrer bisherigen Tätigkeiten in diesem Bereich. Gerne können Sie auch weitere Informationen zur Tätigkeit und detaillierten Honorierung erhalten oder wir vereinbaren einen Telefontermin.

Weitere Informationen

<https://integrationsoffensive.de/home-107.html>

Kontakt

Nora Häuser

integrationsoffensive@agjf.de

0711 89 69 15 35

IDA e. V. sucht Berater*in für das Beratungsteam der Opferberatung Rheinland (OBR)

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) sucht für die Opferberatung Rheinland (OBR) – vorbehaltlich der endgültigen Bewilligung einer in Aussicht gestellten Förderung – ab dem 01. Juni 2021 oder zu einem späteren Zeitpunkt

eine*n Berater*in für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Stellenumfang

75%

Befristung

Zunächst befristet bis 31.12.2021

Bewerbungsfrist

23. 05.2021

Zur Ausschreibung

www.idaev.de/aktuelles/stellen-praktika